

Öffentliche Güter, gesamtgesellschaftliche Reproduktion und die Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse

Jannis Milios
(Dr. rer. pol., Professor für Politische Ökonomie
an der Technischen Universität Athen
jmilios@hol.gr)

Zusammenfassung: Öffentliche Güter, definiert als Gebrauchswerte, die vom Staate produziert und nicht als Waren auf dem Markt verkauft werden, spielen immer eine bedeutende Rolle in kapitalistischen Gesellschaftsformationen, als Mittel der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse stellen sie die Hegemonie des Kapitals sicher. Das ist ein Resultat der Strukturmerkmale des kapitalistischen Systems, d.h. der Tatsache, dass der Kapitalismus eine Dichotomie zwischen der Ökonomie, die als „private Sphäre“ gilt, und der Politik, die als „öffentliche Sphäre“ gilt, reproduziert. In sozialen und politischen Konjunkturen relativer Stärke der arbeitenden Klassen erweitert sich der Umfangsraum der öffentlichen Güter, als Bestandteil des „Sozialstaates“ und des „sozialen Lohnes“. In der heutigen Konjunktur relativer Schwäche unter der Herrschaft des Neoliberalismus mit hoher Arbeitslosigkeit und der Niederlage der Arbeiterbewegung wird der Sozialstaat abgebaut und es kommt zu einer Beschränkung der öffentlichen Güter zugunsten der privatkapitalistisch produzierten Waren. Der Kampf zur Sicherstellung öffentlicher Güter kann also heute ein Aufbruchspunkt zur Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeit bilden.

1. Die „Dichotomie“ zwischen Staat und Wirtschaft

Ein Strukturmerkmal des Kapitalismus ist die Dichotomie zwischen Staat und Ökonomie, die Karl Marx mehrmals analysiert hatte: Der harte Kern des „repressiven“ Staatsapparates (die Regierung, die Steuerbehörde, die Polizei, die Justiz...) kann unter keinen Umständen privat sein. Es kann keinen privaten Staat geben. Der öffentliche Charakter des Staates ist die Voraussetzung für seine Funktion als „Verdichtung“ der bürgerlichen politischen Macht und zur Gewährleistung des institutionellen und juristischen Rahmens der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (Poulantzas 1980).

Die Klassenherrschaft des Kapitals nimmt also die Form der „Staatsherrschaft“ über die Gesellschaft, wobei sowohl die Mitglieder der

herrschenden als auch der beherrschten - arbeitenden Klassen als freie und gleichberechtigte Staatsbürger gelten. In diesem Rahmen spielt der Staat eine unentbehrliche Rolle zur Reproduktion der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Der Staat (und ferner die Politik) erscheinen als die „öffentliche Sphäre“ des Gemeininteresses, die die private Sphäre der individuellen, hauptsächlich wirtschaftlichen, Interessen gemäß dem Rechtssystem regelt (Paschukanis 2003).

Auf der obigen Basis setzt der Staat die kapitalistischen Interessen als Interessen der Gemeinschaft, als Gemein- National- bzw. öffentlichen Interessen durch. Antonio Gramsci (1999) hat den Terminus „Hegemonie“ benutzt, um diese äußerst bedeutende Dimension kapitalistischer Herrschaft zu beschreiben, d.h. die Fähigkeit der herrschenden Klassen eher durch sozialen Konsens als durch direkte Gewalt ihre Macht sicherzustellen. Der „klassenneutrale“ Charakter des Staates, d.h. die öffentlich-egalitäre Dimension aller staatlichen Strukturen bzw. Funktionen im Kapitalismus, trägt wesentlich zum Erscheinen der strategischen Interessen des Kapitals als öffentlichen Interessen und zur Verhüllung kapitalistischer Ausbeutung bei. Karl Marx hatte diese verschleiende Rolle des Staates beschrieben:

„Die Staatsmacht war immer die Macht zur Behauptung der Ordnung, das heißt der bestehenden Gesellschaftsordnung und daher der Unterordnung und Exploitation der produzierenden Klasse durch die aneignende Klasse gewesen. Aber solange diese Ordnung als unbestreitbare und unumstrittene Notwendigkeit hingenommen wurde, konnte sich die Staatsmacht einen Anschein von Unparteilichkeit geben“ (MEW 17, S. 593 [1871]).

Die Klassenherrschaft trägt im Kapitalismus keine Spur personaler Unterwerfung bzw. Abhängigkeit, sondern setzt sich mittels ganz bestimmter Strukturen durch, die die juristisch-institutionelle Gleichheit und Freiheit der Individuen voraussetzen.

2. Die ökonomische Rolle des Staates und die Produktion von Gemeingütern

Was ich oben erwähnt habe, bedeutet nicht, dass der Staat von der Wirtschaft durch chinesische Mauern getrennt wird. Der Staat interveniert in die Wirtschaft um das Gemeininteresse der Kapitalistenklasse sicherzustellen. Im Rahmen seiner Rolle zur Reproduktion der politischen, ideologischen und ökonomischen Voraussetzungen

bürgerlicher Herrschaft, unternimmt der Staat bestimmte direkte ökonomische Tätigkeiten, außer der Beibehaltung und Reproduktion seiner Apparate (Entlohnung der Staatsbeamten, Finanzierung der materiellen Bedingungen der staatlichen Aktivitäten).

Der Staat übt einerseits eine „Politikmischung“ (fiskalische, monetäre, Einkommens-, Währungspolitik, usw.), und andererseits fungiert als Produzent von bestimmten Gebrauchswerten, die für die Reproduktion der Arbeitskraft bzw. für die Förderung der Arbeitsproduktivität und die Reduzierung der Produktions- und Zirkulationskosten des Kapitals auf gesamtgesellschaftlicher Ebene von ausschlaggebender Bedeutung sind (öffentliches Gesundheitswesen, Erziehungssystem, Infrastrukturen, öffentliche Investitionen usw.).

Durch diese Rolle des Staates als Produzenten von Gebrauchswerten, die nicht als Waren auf dem Markt verkauft werden und die unter bestimmten Voraussetzungen von allen Bürgern benutzt werden können, entsteht der ökonomische Raum der öffentlichen Güter. Es handelt sich hier um das, was Marx als „die allgemeinen Bedingungen der Produktion“ (Marx, *Grundrisse*, S. 422) beschrieben hat. Von den vielen Definitionen der öffentlichen Güter (s. analytisch Altvater 2003, Nuß 2005) untersuche ich in diesem Aufsatz nur die Rolle derjenigen Gebrauchswerte, die vom Staate produziert und nicht als Waren auf dem Markt verkauft werden.

Marx hat die Frage gestellt, warum bestimmte Infrastrukturen und andere Gebrauchswerte, die für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse notwendig sind, nicht als Waren vom Privatkapital, sondern vom Staate als öffentliche Güter produziert werden:

„Gesetzt, der Wert des Weges verwerte sich nicht. Er wird aber gebaut, weil er ein notwendiger Gebrauchswert... für die Gemeinde ist... Warum denn, sobald die auf den Tauschwert gegründete Produktion und Teilung der Arbeit eintritt, wird Wegebauen nicht Privatgeschäft von Einzelnen? Und wo es durch Steuern vom Staat betrieben wird, ist es das nicht“ (Marx, *Grundrisse*, S. 424-5, 427).

Es handelt sich hier, nach Marx, um das „spezifische Verhältnis des Kapitals zu den gemeinschaftlichen, allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion, im Unterschied zu denen des besondern Kapitals und seines besondres Produktionsprozesses“ (Marx, *Grundrisse*, S. 432).

Ein Einzelkapital könnte die Produktion von Gebrauchswerten die zu den allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion gehören (Infrastrukturen

usw.: reproduktive Gebrauchswerte) unternehmen, nur wenn eine solche Produktion kapitalistisch rentabel wäre: „Bei dem oben angegebenen Weg ... ist vorausgesetzt, dass der Weg Bedürfnis für die Gemeinde, daher der Gebrauchswert vorausgesetzt. Andererseits für das Kapital, damit es den Wegbau unternehme, vorausgesetzt, dass nicht nur die notwendige Arbeitszeit, sondern die Surplusarbeitszeit, die der Arbeiter arbeitet, bezahlt werde – daher sein Profit“ (Marx, *Grundrisse*, S. 431).

Unter bestimmten Voraussetzungen (Größe des Einzelkapitals, Struktur des Marktes und des Kreditsystems usw.) könnte also ein Einzelkapital die Produktion von bestimmten Reproduktionsbedingungen der gesamtkapitalistischen Produktion (d.h. von Gebrauchswerten die die kapitalistische Produktion auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erleichtern bzw. fördern) unternehmen.

Eine solche Beschränkung des Raums öffentlicher Güter zugunsten der privatkapitalistischen Warenproduktion kann nur auf der Basis einer hohen Entwicklung des Kapitalismus stattfinden: „Die höchste Entwicklung des Kapitals ist, wenn die allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nicht aus dem *Abzug der gesellschaftlichen Revenu* hergestellt werden, den Staatssteuern ... sondern aus dem *Kapital als Kapital*. Es zeigt dies den Grad einerseits, worin das Kapital sich alle Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion unterworfen, und daher andererseits, wieweit der gesellschaftliche reproduktive Reichtum *kapitalisiert* ist und alle Bedürfnisse in der Form des Austausches befriedigt werden; auch die als *gesellschaftlich gesetzten* Bedürfnisse des Individuums, d.h. die, die es nicht als einzelnes Individuum in der Gesellschaft, sondern gemeinschaftlich mit andren konsumiert und bedarf – deren Weise der Konsumtion der Natur der Sache nach eine gesellschaftliche ist, auch diese durch den Austausch, den individuellen Austausch, nicht nur konsumiert werden, sondern auch produziert“ (Marx, *Grundrisse*, 431).

Jedoch existiert immer die entgegengesetzte Tendenz: In allen Fällen wobei entweder die Produktion bestimmter Gebrauchswerte als Waren fürs Privatkapital nicht genügend rentabel ist, oder ihre Produktion vom Staate als öffentliche Güter die allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion effektiver als die privatkapitalistische Produktion durchsetzt (z.B. niedrigere Preise für Infrastrukturen, Reduzierung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft durch Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens usw.), wird der Staat seine Rolle als Produzent von öffentlichen Gütern beibehalten: „Alle *allgemeinen, gemeinschaftlichen* Bedingungen der Produktion – solange ihre Herstellung durch das Kapital als solches, unter seinen

Bedingungen noch nicht geschehen kann – werden daher bestritten aus einem Teil der Revenue des Landes – der Regierungskasse, und die Arbeiter erscheinen nicht als produktive Arbeit, obgleich sie die Produktivkraft des Kapitals vermehren“ (Marx, *Grundrisse*, S. 432).

3. Vom „Sozialstaat“ zur Privatisierung

Was bestimmt aber welche von der zwei Tendenzen, diejenige die zur Erweiterung oder diejenige die zur Beschränkung der öffentlichen Güter führt, vorherrscht? Die historische Entwicklung der westlichen kapitalistischen Gesellschaften nach dem Kriege zeigt, dass der Übergang von der einen zu der anderen „Regulierungsform“ der Produktion und Reproduktion der „allgemeinen Bedingungen der Produktion“ von der Konjunktur des Klassenkampfes abhängt.

In sozialen und politischen Konjunkturen hoher Wachstumsraten und sinkender Arbeitslosigkeit erweitert sich der Umfangsraum der öffentlichen Güter, als Bestandteil des „Sozialstaates“ und des „sozialen Lohnes“. Das ergibt sich nicht aus irgendeiner ungenügenden Entwicklung des Kapitals, sondern als Resultat einer politischen, sozialen und ökonomischen Konjunktur, die von der relativen Stärke der arbeitenden Klassen und der Arbeiterbewegung charakterisiert wird. In diesem Rahmen wird das „spezifische Verhältnis des Kapitals zu den gemeinschaftlichen, allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion“ umgestaltet, indem die Verdrängung des Privatkapitals von der Produktion der allgemeinen Bedingungen der sozialen Reproduktion als Voraussetzung des sozialen Konsenses durchgesetzt wird. In solchen Konjunkturen fungieren öffentliche Güter als Mittel der Hegemonie des Kapitals, in dem Sinne dass sie die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung als „Sozialstaat“ und „Sozialpartnerschaft“ darstellen lassen. Der Staat, als „ideeller Gesamtkapitalist“ fungierend, drückt diesen sozialen Konsens aus, manchmal gegen die unmittelbaren Interessen der Einzelkapitale (z.B. „Nationalisierung“ von bestimmten Unternehmen bzw. Sektoren in europäischen Ländern in den siebziger oder achtziger Jahren, Einführung der Systeme Nationaler Gesundheitsdienste usw.).

In der heutigen Konjunktur relativer Schwäche unter der Herrschaft des Neoliberalismus mit hoher Arbeitslosigkeit und der Niederlage der Arbeiterbewegung wird der Sozialstaat abgebaut und es kommt zu einer Beschränkung der öffentlichen Güter zugunsten der privatkapitalistisch produzierten Waren. Die Verschiebung der

sozialen Kräfteverhältnisse, die eine Änderung des „spezifischen Verhältnisses des Kapitals zu den gemeinschaftlichen, allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion“ mit sich bringt, bildet also die Ursache des Abbaus des öffentlichen Sektors. Ein neuer Konsens wird so gestaltet, wobei als Grund für die Verwandlung öffentlicher Güter zu kapitalistisch produzierten Waren das Streben der Staatsbehörde nach erhöhter Effizienz erscheint.

Der Kampf zur Sicherstellung öffentlicher Güter kann also heute ein Aufbruchspunkt zur Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeit bilden. Voraussetzung dafür ist jedoch die Fähigkeit der Bewegungen gegen die Privatisierungen, nicht nur den öffentlichen Charakter bestimmter Güter zu verteidigen (Gebrauchswerte, die nicht als Waren auf dem Markt verkauft werden), sondern auch die Funktionsweise öffentlicher Dienste und die Verteilung öffentlicher Güter zu bestimmen oder wenigstens zu beeinflussen.

Was Marx über den Kampf um die Länge des Arbeitstages geschrieben hat, betrifft auch heute den Kampf um den Umfang des Sektors öffentlicher Güter: „Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt“ (*Das Kapital* I, MEW Bd. 23, S. 249).

Literatur

Altvater, Elmar (2003). „Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden?“, in: *Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 23. Jg, Nr. 90/91, S. 171-201, download <http://www.kolabor.de/sozialforum/ag/diskurswechsel/B193568994/C1333997539/E1757599809/index.html>

Gramsci, Antonio (1999). *Gefängnishefte* Band 1, Berlin: Argumentverlag.

Marx, K. 1974. *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin: Dietz Verlag.

MEW (Karl Marx/Friedrich Engels – Werke), Band 17. 1976. S. 572-610: Marx, K.: *Zweiter Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich"*, Berlin: Dietz Verlag.

MEW (Karl Marx/Friedrich Engels – Werke), Band 23. 1968. *Das Kapital*, Bd. I, Berlin: Dietz Verlag.

MEW (Karl Marx/Friedrich Engels – Werke), Band 25. 1983. *Das Kapital*, Bd. III, Berlin: Dietz Verlag.

Nuss, Sabine (2005). *Geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus Entwicklungstendenzen und Konfliklinien zwischen Integration und Subversion*, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Dr. rer. pol. eingereicht beim Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin

Paschukanis, Eugen (2003). *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe*, Freiburg.

Poulantzas, Nikos (1980). *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M.: EVA,